

Abg. Adolf Hoffmann (Soz. Arb.): Hossentlich kommt im Herbst dann zusammen mit dem Fideikommissgesetz auch die Wahlrechtsvorlage. Das Fideikommissgesetz ist seit vier Jahren in Beratung. Die Wahlrechtsvorlage aber noch länger.

Abg. v. Seydebrand (Konf.): Uns leiten keine parteitaktischen Motive, das kann Herr Waldstein glauben. Wir fürchten nicht, daß die Debatten über das Fideikommissgesetz den inneren Frieden stören könnten. Das könnte nur geschehen, wenn sich Parteien oder Personen finden würden, die eine solche Absicht hätten. Uns liegt eine solche Absicht fern. Nur die Mißverständnisse, die vielfach im Lande über dieses Gesetz vorhanden sind, würden unruhige Debatten hervorrufen. Das Land aber muß erfahren, daß mit diesem Gesetz keineswegs eine Erweiterung des Fideikommisswesens, sondern im Gegenteil eine außerordentlich große Einschränkung bezweckt wird. (Sehr richtig! rechts — Widerspruch links.) Nun wenn dieses Gesetz zustandekommt, müssen sich die Fideikommission einer strengen gesetzlichen Kontrolle unterwerfen. (Kurze links: Zur Geschäftsordnung!) Die Öffentlichkeit nimmt zu Unrecht an, daß das Gesetz eine besondere Begünstigung des Fideikommisswesens erreichen soll. (Kurze links: Zur Geschäftsordnung!) Das muß ausgesprochen werden. (Sehr richtig! rechts.) Wir halten an unserem Vorschlag fest.

Abg. Dr. Porck (Str.): Wenn man sachlich verhandeln würde, würden keine Gefahren entstehen. Die Verhandlungen brauchen auch nicht lange zu dauern. Aber es ist ja mit einer Debatte von 14 Tagen gedroht worden. (Hört! hört! rechts.) Wir bedauern, daß im Vorde eine große Unkenntnis über den Inhalt des Gesetzes besteht. Wir können uns aber der Befürchtung nicht entschlagen, daß angesichts der nun einmal bestehenden Mißverständnisse möglicherweise durch langwierige Erörterungen der innere Friede gefährdet werden könnte. Wir glauben im vaterländischen Sinne zu handeln, wenn wir für eine Verschiebung bis zum Herbst eintreten.

Abg. Dr. Friedberg (ntlb.): Es kommt im Augenblick nur auf die Wirkung an, die wir mit einer Verhandlung über das Gesetz erzielen würden. In diesem Sinne haben die Gründe der Regierung auch uns zu der Entscheidung gebracht, daß eine Verschiebung bis zum Herbst stattfindet.

Abg. Frhr. v. Sedlitz (frk.): Aus denselben Gründen verzichten auch wir im Augenblick auf eine Weiterberatung. Wir tun es nicht gern, aber wir tun es im vaterländischen Interesse.

Abg. Waldstein (Dpt.): Die Regierung hätte das Gesetz überhaupt nicht einbringen dürfen. Es bringt zweifellos eine geradezu unerhörte Erweiterung des Fideikommisswesens.

Das Haus beschließt mit großer Mehrheit gegen die Konserwativen, das Fideikommissgesetz nicht auf die morgige Tagesordnung zu setzen. Schluß 4 1/2 Uhr.

Die Gerstenschiebungen.

Aus dem Ernährungsausschuß des Reichstags.

Im Ernährungsausschuß des Reichstages besprach am Dienstag ein Nationalliberaler die Gerstenschiebungen im Osten. Wenn bisher auch nur Großgrundbesitzer polnischer Nationalität gerichtlich verfolgt worden seien, so sollen doch eine ganze Reihe auch deutscher Großgrundbesitzer mit beteiligt sein. Er bittet um Auskunft über die Verhältnisse, wonach man von einer gerichtlichen Verfolgung der deutschen Großgrundbesitzer abgesehen habe. Er fragt weiter, ob versucht werde, aus verdorbener Marmelade Fett zu gewinnen. — Ein polnischer Redner bekräftigt die Anregung des Vorredners und erklärt, daß nur polnische Besitzer und zur Dekoration einige jüdische Händler verfolgt worden seien, aber kein deutscher Besitzer, obwohl mehrere von ihnen, die er nennt, dringend verdächtig wären.

Präsident von Batocki führte aus, ihm liege alles daran, daß rechtslos Aufklärung geschaffen werde über die Schiebungen ohne Ansehen der Person. Er halte es für bedenklich, Beamte der Staatsanwaltschaft der Parteilichkeit zu beschuldigen. Es haben sich auch schon Denunziationen als unhaltbar herausgestellt. Ein Boltsparteller erklärte, wenn die Gerichte über die Gerstenschiebungen auch nur einen Schatten von Wahrheit hätten, so wäre das schlimm. Aufklärung müsse geschaffen werden. Ein Sozialdemokrat kommt auf die Verfütterung von Brotkorn zurück und bittet die Konservativen, einmal nachzuweisen, womit das Vieh sonst gefüttert worden sei. Der Redner polemisiert gegen die Hinanschiebung der Viehpreiserhöhung und kritisiert die Art der Kartoffelversorgung. Präsident von Batocki führte aus, daß die Kartoffelversorgung in aller nächster Zeit keinen Anlaß zu Klagen geben werde. Eine gewisse Bevorratung der Orte mit den dichtesten Bevölkerung bei Versorgung mit Nahrungsmitteln lasse sich nicht vermeiden. Der Vorsitzende des Landesfleischamts legte dar, daß die Gemeinden das Recht und die Pflicht haben, darauf zu achten, daß das Vieh richtig bewertet werde. Bisher war der Viehhandelsverband für die richtige Qualitätsbestimmung haftbar. Seit dem 1. Mai ist die Aufzeichnung des Viehes dem Kommunalverband übertragen, und dieser ist verantwortlich. Die Viehhandelsverbände sollen die Preisfestsetzung überwachen. Die vermehrten Fleischmengen waren nur im Wege der Zwangsanzu- legung durch die Kommunalverbände zu beschaffen. Die Provisionen sind auf 5% Prozent herabgesetzt, werden aber später wieder herauf- gesetzt werden müssen, weil sonst das Risiko der Viehhandelsver- bände zu groß würde. Der Präsident des Landesfleischamts erklärte, daß eine vorübergehende Anhäufung von Eiern nicht so- fort zu ihrem Verderben führe.

Ein Konservativer meinte, die Zukunft werde zeigen, daß seine Partei in den Ernährungsfragen recht hatte. Zwangsmaß- regeln müssen vermieden werden. Der Staatskommissar sollte für rechtzeitige und gleichmäßige Versorgung der Landwirte mit den notwendigen Betriebsstoffen sorgen.

Die Mühlenfrage.

Ein bayerischer Konservativer trat für die Kistneren Müh- len ein, durch deren Beschäftigung Kohlen und unnützes Ein- und Verschleudern von Getreide und Mehl erspart werden würde. — Unterstaatssekretär Frhr. von Braun kündigte an, daß nächste Woche eine Besprechung zur Regelung der Beziehungen zwischen der Reichsgetreidestelle und den Mühlen stattfinden solle. Die Schädigung einzelner Mühlen ist bedauerlich, aber unvermeidlich. Sie teilen dieses Schicksal mit zahlreichen anderen Industrien. Die Zentralisation der Herstellung von Graupen und Gerste habe sich im wesentlichen bewährt. Das in Bayern gewachsene Brot- getreide werde auch dort vermahlen. — Ein Sozialdemokrat führte aus, daß der Interessengegensatz zwischen Groß- und Kleinmühlen nicht bestimmend sein könne für die Maßnahmen der Reichs- getreidestelle. Man werde vielleicht das Brot durch Gerste strecken müssen. Hierzu erklärte Präsident von Batocki, daß dies noch nicht bestimmbar sei und von der Gersten- und Kartoffelernte abhängt. Die Entschädigung solcher Mühlen, denen gegenüber die Reichs- getreidestelle Verträge nicht erfüllt hat, wurde von mehreren Red- nern bestritten.

Ein Boltsparteller verlangte, daß die Bewirtschaftung der Gerste einer Geschäftsabteilung überwiesen werden solle. — Präsident von Batocki antwortete, daß die Reichsgerstengesell- schaft nicht haftbar sei für die Gerstenschiebungen, sondern vielmehr die Organisation, da die Uebersicht für die Kreise fehle. Es solle möglichst alle Mächtigen Leute auf dem Gebiet des Getreidehandels

8
1917
6